



BESCHLÜSSE DES LANDESPARTEITAGES DER SPD THÜRINGEN

Bad Blankenburg, 21. November 2015

(vorläufige Version - 02.12.2015)

WWW.SPDTHUERINGEN.DE

ÜBERSICHT

Sicherheit, Solidarität und Verantwortung (A1)	3
Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik angehen (A2)	8
Schulen und Kindergärten bei der Integration von geflüchteten Kindern unterstützen (I8)	8
Besonders schutzbedürftige Menschengruppen (A4)	8
Deutsche Außenpolitik als Motor für Friedenspolitik (A5)	9
Atomwaffenfreies Deutschland (A6)	9
Unsere Vorbedingungen für das TTIP-Abkommen (B1)	10
Einheitlichkeit des Mindestlohns sichern (B2)	12
Solidarität mit breiterer Basis (I8)	12
Energiewende, wie weiter? (B3)	12
Lebensmittelverschwendung reduzieren (B4)	15
Mietpreisbremse konsequent umsetzen (I2)	15
Ablehnung der Einführung eines Wasserentnahmeentgelts (I5)	16
Wir setzen auf die Jugend! (C1)	17
Mindeststandards für die Arbeit in den Horten an Thüringer Grundschulen (C2)	17
Frühkindliche Bildung stärken (C4)	17
Finanzierung von Schulausflügen sichern (C5)	18
Gute frühkindliche Bildung braucht mehr Geld! (C6)	18
Weg mit dem Kooperationsverbot bei Bildungsfragen! (C7)	18
Einführung eines verbindlichen Pflegechlüssels in der stationären Altenpflege (C8)	18
Vorstellung eines (Zwischen-) Berichtes der „Arbeitsgruppe Wahlauswertung“ in Regionalkonferenzen (D1)	19
Das Gesicht der SPD Thüringen weiblicher machen (D3)	19
WEITERLEITUNGEN	20
Mindeststandards für die Arbeit in den Horten an Thüringer Grundschulen (C2)	20
Beendigung des Modellprojekts zur Kommunalisierung der Horte (C3)	20
Frühkindliche Bildung stärken (C4)	22
Gute frühkindliche Bildung braucht mehr Geld! (C6)	23

Bevölkerung formiert. Das Fehlen einer einheitlichen Kommunikation auf politischer Ebene, gemischt mit einer unzulänglichen Bürgerbeteiligung, führte zum Stocken wichtiger Schlüsselprojekte. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger am weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien finanziell beteiligt werden und genossenschaftliche Projekte umgesetzt werden können.

Lebensmittelverschwendung reduzieren (B4)

Alle SPD-Gremien und SPD-Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Lebensmittelverschwendung reduziert wird. Dazu soll unter anderem nach französischem Vorbild (Beschluss der Nationalversammlung vom Mai 2015) ein Gesetz geschaffen werden, welches Supermärkte verpflichtet, unverkaufte Ware nicht wegzuwerfen oder unbrauchbar zu machen, sondern künftig kostenlos der Wohlfahrtspflege oder der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Unverkaufte Waren müssen künftig im Idealfall gespendet, mindestens aber kompostiert oder zu Tierfutter verarbeitet werden.

Darüber hinaus soll der Handel dazu angehalten werden, für einen verantwortungsvollen Umgang mit Lebensmitteln zu werben und Kundinnen und Kunden zu ermutigen, noch verzehrfähige Lebensmittel nicht wegzuwerfen.

Mietpreisbremse konsequent umsetzen (I2)

Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in unserem Land zu ermöglichen, ist ein wichtiges Anliegen der Sozialdemokratie. In diesem Sinne zog die SPD in der vergangenen Bundestagswahl unter anderem mit dem Konzept einer Mietpreisbremse in den Wahlkampf. Mit dem entsprechenden Novellierungsgesetz vom 5. März 2015 wurden die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um Preistreiberei am Wohnungsmarkt wirksam entgegenzuwirken. Seither können Städte, welche von deutlich steigenden Mieten betroffen sind, bei den jeweils zuständigen Landesbehörden die Einführung der Mietpreisbremse beantragen. Die Landesregierungen können hierfür in den betroffenen Städten per Verordnung einen sog. angespannten Wohnungsmarkt erklären.

Bereits der Rot-Rot-Grüne Koalitionsvertrag hatte zu diesem Zweck festgehalten: „Um Mieterinnen und Mieter vor schnell steigenden Mieten zu schützen, wollen wir in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt, wie Erfurt, Weimar und Jena, zügig eine Mietpreisbremse (Bestandsmieten) einführen.“ Die Thüringer SPD kritisiert in diesem Zusammenhang die zuständige Landesministerin Birgit Keller für ihre bisherige Taktik des Verschleppens. Durch Nichthandeln wurde die Umsetzung der Mietpreisbremse in den in Thüringen betroffenen Städten verzögert. Während Länder wie Berlin bereits zum ersten Juni 2015 gehandelt haben, soll in Thüringen erst mit dem Jahreswechsel 2015/2016 eine erste Teilumsetzung erfolgen.

Wir stellen weiterhin fest, dass die Ministerin den Koalitionsvertrag missachtet. Ohne Nennung nachvollziehbarer Gründe wird die Einführung des Instruments auf die Städte Erfurt und Jena beschränkt. Wir fordern die Ministerin zur Einhaltung des Koalitionsvertrages auf und auch für Weimar das Instrument der Mietpreisbremse einzuführen.

Die Thüringer SPD spricht sich zudem für ein Monitoring potentieller Kandidatenstädte für die Einführung der Mietpreisbremse aus. Die Flüchtlingssituation in unserem Land wird aller Voraussicht nach dazu führen, dass erstmals seit der Wiedervereinigung am Ende eines Jahres mehr Menschen in Thüringen leben, als im Jahr zuvor. Dies führt nicht nur dazu, dass sich in den drei betroffenen Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt die Nachfragesituation verschärft. Auch weitere Gemeinden und Städte werden auf den Wachstumspfad zurückkehren. (Beispielhaft